drohenden chinesischen Bahn nicht viel mehr als einige Schienentrümmer zu sehen sein wird.

Das und die fortlaufenden Gefechte zwischen japanischen und chinesischen Truppen sind natürlich nichts anderes als offener Krieg, der gefährliche Ausmaße annehmen kann, wenn Japan in die russische Interessensphäre einbricht und die ostchinesische Eisenbahn bei Charbin besetzen wollte, die unter russischem Einfluß steht und die kürzeste Verbindung von Sibirien nach Wladiwostok, Rußlands östlichstem Hafen, darstellt. Als die Chinesen vor Jahresfrist versuchten, diese Bahn zu besetzen und das russische Personal zu verjagen, hat Rußland in kürzester Zeit durch einen konzentrischen Vorstoß die Chinesen auf die Knie gezwungen und den alten Zustand an der ostchinesischen Bahn wiederhergestellt und durch einen Vertrag gesichert. Es wird auch diesmal nicht zögern, wenn Japan sich an seiner Bahn vergreifen wollte. Aber auch die Chinesen scheinen entschlossen zu sein, sich in der Mandschurei bis zum äußersten zu verteidigen. Wirtschaftlich steht dem Reich der Mitte der schon einmal mit gutem Erfolg durchgeführte Boykott gegen alle japanischen Waren zur Verfügung. Aber auch die militärischen Machtmittel Chinas sind nicht unerheblich. Es unterhält eine Millionenarmee, die allerdings nur schlecht bewaffnet und von Generalen befehligt wird, die sich feindselig gegenüberstehen. Aber der innere Zwist scheint durch die äußere Gefahr beseitigt zu sein. Der Führer der nationalen Kuomintangregierung in Nanking, Marschall Tschiangkaischek, will dieser Einigung sogar seine Person zum Opfer bringen und hat sich bereiterklärt, selbst als einfacher Soldat an der mandschurischen Front zu kämpfen. Eine schöne Geste, die ihren Eindruck auf seine chinesischen Gegenspieler nicht verfehlen wird.

Aber all das zeigt, daß die Tatsache eines chinesisch-japanischen Krieges nicht mehr zu leugnen ist. Und wir erinnern uns doch noch, daß der Kelloggpakt, den auch China und Japan unterzeichnet haben, den Krieg geächtet hat. Wo ist der Völkerbund, der jeden drohenden Krieg durch seine Schlichter und durch sein Machtwort ersticken soll? Richtig! Er tagt gerade in Genf, und die Staatsmänner haben es dort an schönen Friedensreden nicht fehlen lassen. China hat sich auch sofort in den Schutz des Völkerbundes begeben. Um so größer ist dessen Verlegenheit. Da China sich vorbehaltlos den Genfer Entscheidungen gefügt hat, müßte eigentlich die Völkerbundsexekutive gegen den Angreifer in Kraft treten. Englische, französische und andere Kriegsschiffe der Mitgliedsstaaten müßten nach Ostasien in See gehen und die japanische Küste bombardieren. Was aber wäre damit erreicht? Ein neuer Weltkrieg in großem Ausmaß. Also schlägt England vor, man solle ausgerechnet das außerhalb des Völkerbundes stehende Amerika mit der Schlichtung betrauen. Es sei ja das Ursprungsland des Kelloggpaktes, so versichert Lord Cecil nicht ohne Bosheit. Der Völkerbund ist froh über den Ausweg, obwohl er eine üble Blamage für ihn selbst bedeutet. Amerika wird am wenigsten erfreut sein. Es hat keine Lust, es mit Japan zu verderben, und noch weniger mit China, für das es beim Kampf um die Vorrechte der fremden Nationen in den Hafenstädten ostentativ eingetreten ist. Die Staatsmänner verlassen fluchtartig Genf. Sie sind erzürnt darüber, daß Japan nicht wenigstens das Ende der Ratstagung abgewartet hat. Die Ohnmacht des Völkerbundes wäre dann doch nicht so offenkundig gewesen.

Aber warum sollen die Japaner auf den Völkerbund Rücksicht nehmen. Hat derselbe Völkerbund nicht seelenruhig zugesehen, als die Franzosen ins Ruhrgebiet und polnische Banden in Oberschlesien einbrachen? Hat er nicht den Raub von Memel und Wilna sanktioniert und den Polen widerrechtlich, entgegen allen feierlichen Abmachungen, den an Bodenschätzen reichsten Teil Oberschlesiens ausgeliefert? Außerdem haben es die Japaner sehr eilig, denn die Weltlage ist für sie günstig. Die europäischen Staaten und Amerika haben jetzt genug mit ihren eigenen Sorgen zu tun. Rußland möchte, solange es durch den Fünfjahresplan beschäftigt ist, jede äußere Ablenkung vermeiden. Die militärischen Operationen müssen noch vor Beginn des harten mandschurischen Winters durchgeführt werden. Also marschieren die japanischen Generale und fragen nicht einmal viel nach den Wünschen der Minister in Tokio, geschweige denn nach dem Stirnrunzeln der Genfer Diplomaten. Wie sich die Dinge in Fernost auch weiterentwickeln werden, eine Gefahr scheint auch für Europa unvermeidlich: China, das sich mühsam von bolschewistischen Einflüssen befreit hat, wird von Japan wieder zwangsläufig in die Arme der Sowjets getrieben. Das bedeutet einen nicht unerheblichen Machtgewinn für die Weltgefahr Bolschewismus!

Hindenburg empfängt Briand und Laval?

Erst muß die „Kriegsverbrecher"-Hetze aus der Welt geschafft werden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Sept. Die am kommenden Sonntag in Berlin eintreffenden französischen Besucher, Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand, haben durch den französischen Botschafter anfragen lassen, ob sie auch Gelegenheit haben würden, dem Reichspräsidenten ihre Aufwartung zu machen. Die Reichsregierung hat sie nach Rückfrage beim Reichspräsidenten wissen lassen, daß dem nichts im Wege stände. Wie verlautet, wird die Audienz am Montagvormittag stattfinden. Reichskanzler Dr. Brüning wird die beiden Herren dem Reichspräsidenten vorstellen.

Soweit klingt die Nachricht, die heute amtlich bestätigt wird, nicht ungewöhnlich. Und doch ist sie geeignet, einen Fragenkomplex aufzuwerfen, dessen Aufrollung der Wilhelmstraße in diesem Augenblick höchst unerwartet zu sein scheint. Vom Standpunkt der nationalen Würde aus würde es nämlich nicht möglich sein, sich mit dem französischen Besuch im Reichspräsidentenpalais einverstanden zu erklären, ehe nicht

die Affäre der sogenannten „Kriegsverbrecher"

endgültig aus der Welt geschafft ist. Man hat in der Wilhelmstraße offenbar völlig übersehen, daß Generalfeldmarschall von Hindenburgs Name heute noch immer auf der französischen Kriegsverbrecherliste steht. Im Versailler Vertrag ist bekanntlich ein Passus enthalten, in dem die Auslieferung einer großen Anzahl hochverdienter Offiziere und Zivilfunktionäre des kaiserlichen Deutschlands zum Zwecke der Aburteilung vor alliierten Gerichten verlangt wird. Diese Forderung, die damals vor allem auf französisches Drängen in das Versailler Schanddokument aufgenommen wurde, konnte seinerzeit nicht erfüllt werden, weil sich

in Deutschland ein Sturm der Entrüstung

erhob, dem sich selbst unsere ersten nachrevolutionären Regierungen nicht zu entziehen vermochten. Schließlich wurde ein „Ausweg" darin gefunden, daß die betreffenden „Kriegsverbrecher" — unter ihnen, wie gesagt, auch Hindenburg — vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt wurden. Man entsinnt sich noch des Aufsehens, das diese demütigende Aktion damals erregte. Vor dem Reichsgerichtsgebäude in Leipzig kam es zu leidenschaftlichen Demonstrationen der nationalgesinnten Bevölkerung. Die „Angeklagten" wurden dann selbstverständlich freigesprochen. Die französische Presse begann mit einer wilden Hetze gegen Deutschland. Die französische Regierung sandte eine empörende Note nach Berlin, in der sie feststellte, daß sie sich mit der Leipziger Rechtsprechung nicht abzufinden bereit sei und sich deshalb vorbehalte, die Prozesse gegen die „Kriegsverbrecher" im Abwesenheitsverfahren durchzuführen. Allerdings schlossen sich diesem unerhörten Schritte Frankreichs einige Ententestaaten nicht an. England z. B. erklärte brüsk, mit der Sache nichts mehr zu tun haben zu wollen. Das hinderte Frankreich allerdings nicht daran, eine Justizkomödie aufzuführen und

in Abwesenheitsverfahren sogar Todesurteile

gegen deutsche Persönlichkeiten zu fällen, die auf dieser ominösen Kriegsverbrecherliste standen. Späterhin wurden gelegentlich sogar Leute, die auf dieser Liste standen, in Frankreich verhaftet, und es gelang den deutschen Behörden nur mit großer Mühe, sie den Klauen der französischen Gerichte wieder zu entziehen.

Unter dieser Note der französischen Regierung vom Jahre 1922 steht nun aber der Name desselben Herrn Briand, der mit Laval zusammen am Sonntag nach Berlin kommen wird und am Montag den Reichspräsidenten aufzusuchen beabsichtigt.

Zugunsten der französischen Gäste soll angenommen werden, daß Herr Briand sich der Kriegsverbrecheraffäre nicht mehr recht erinnert hat, als man von Paris aus um die Audienz beim Reichspräsidenten nachsuchte. Es ist aber noch Zeit genug, diesem etwas schwachen Gedächtnis nachzuhelfen und in aller Form zum Ausdruck zu bringen, daß ein Empfang dieser Herren beim Reichspräsidenten so lange völlig undiskutabel sein sollte, als die Kriegsverbrecherschande nicht aus der Welt geräumt und der betreffende Passus über die „Kriegsverbrecher" aus dem Versailler Dokument in aller Form gestrichen ist. Deutschland ist es sich schuldig, in diesem Punkte höchste nationale Empfindlichkeit zu bezeugen.

Der mandschurische Konflikt und der Völkerbund

Genf, 24. Sept. Der Völkerbundsrat hat heute abend wiederum eine längere vertrauliche Sitzung abgehalten, in der sich insofern ein Fortschritt ergab, als die Anberaumung einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates auf Freitag möglich wurde.

Wie verlautet, soll die japanische Regierung an gewissen Punkten eine Zurückziehung ihrer Truppen vorgenommen bzw. in Aussicht gestellt haben.

Außerdem wurde in der heutigen Sitzung ein Antworttelegramm auf die heute eingegangene Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson abgesandt. Der Völkerbundsrat gibt darin seiner Befriedigung über die amerikanische Aktion im Interesse der Erhaltung des Friedens Ausdruck.

Der Präsident des Völkerbundsrates erhielt am heutigen Donnerstag von dem chinesischen Außenminister Wang ein längeres Telegramm, in dem es unter anderem heißt, daß der an Japan und China gerichtete Völkerbundsappell nur einen ersten Schritt in der Beilegung des Konfliktes darstellen dürfe und daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müßten, um der in ihren Rechten verletzten Partei volle Genugtuung zu verschaffen. Die chinesische Regierung nehme uneingeschränkt die Empfehlungen des Rates an. So habe sie gegenüber den fortgesetzten japanischen Herausforderungen alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Sie habe ferner die Empfehlungen auf Zurückziehung der beiderseitigen Truppen ihrerseits bereits ausgeführt. Schließlich ersucht die chinesische Regierung um sofortige Maßnahmen, da sich die Lage von Stunde zu Stunde weiter verschärfe.

Es wird damit gerechnet, daß der Völkerbundsrat mit Rücksicht auf den japanisch-chinesischen Konflikt bis Dienstag versammelt bleiben wird.

Aus Washington wird dazu gemeldet: Im Staatsdepartement wurde heute zum mandschurischen Konflikt erklärt, daß die Noten Amerikas an Japan und China noch nicht abgesandt sein. Man betrachte die Lage jedenfalls nicht schlimmer als in den letzten Tagen und hoffe, **daß es den Bemühungen des Völkerbundes gelingen werde, daß Japan und China das Kriegsbeil begraben.**

Charbin nicht besetzt

Die japanischen Operationen in der Mandschurei abgeschlossen

London, 24. Sept. Der japanische Armeerat teilt mit, daß der Operationsplan in der Mandschurei durchgeführt sei. Es sei beabsichtigt, den Status quo aufrechtzuerhalten. Die diplomatischen Verhandlungen und die Benachrichtigung der Mächte werden dem Außenminister überlassen. Nach Charbin sind keine japanischen Truppen entsandt worden.

Nach einer Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion ist am heutigen Donnerstag eine Abordnung der Nanking-Regierung nach Kanton abgereist, um einen Waffenstillstand mit Kanton zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen Japan abzuschließen.

Ein Sprengstoffanschlag im Rheinland vereitelt

Stolberg (Rheinland), 24. Sept. Die Aachener Staatsanwaltschaft gibt erst jetzt bekannt, daß in der Nacht zum 19. September auf das Landhaus eines Fabrikanten in Büsbach bei Stolberg ein Sprengstoffanschlag versucht worden sei. Die Täter haben durch die Aufmerksamkeit eines Passanten, der seine Beobachtungen sofort der Polizei mitteilte, das Vorhaben nicht ausführen können und sind geflohen. Man hat sie bisher noch nicht fassen können. Im Graben des Zufahrtsweges zum Anwesen des Fabrikanten fand man am nächsten Morgen ein schwarz angestrichenes Kästchen aus Holz, aus dem zu beiden Seiten ein scharfes Eisenrohr ragte, das mit Sprengstoff gefüllt war. Ferner fand man zwei Zündschnuren von 120 bzw. 80 Zentimeter Länge und ein Reagenzglas, das eine Sprengkapsel enthielt. Außerdem entdeckte man in der Nähe ein dolchartiges Seitengewehr und einen geladenen Trommelrevolver. Die Untersuchung der Sprengkörper ergab, daß sie fachmännisch montiert waren und bei einer Entladung eine fürchterliche Wirkung gehabt hätten.

Dr. Stadtler vor dem Dresdner Stahlhelm

Welche großen Fortschritte die im Stahlhelm verkörperte nationale Bewegung macht, dafür geben die in jeder Monatsversammlung der Ortsgruppe Dresden stattfindenden feierlichen Verpflichtungen der Neueintretenden erfreulichen Aufschluß. In der gestrigen Monatsversammlung im Überfallen Gewerbehaussaal konnte der Dresdner Führer, Hauptmann Hauffe, in kerniger, aufrüttelnder Ansprache wieder eine zahlreiche Schar neuer Stahlhelmer feierlich auf die alte schwarz-weiß-rote Fahne verpflichten und ihnen das Gelöbde abnehmen, mit ihrer ganzen Person sich gegen Internationalismus, Pazifismus und Marxismus einzusetzen.

Nach der Vorbildausgabe durch Hauptmann Hauffe ergriff

Kamerad Dr. Eduard Stadtler

das Wort zu seinem Vortrag: „Kommen wir am Bolschewismus vorbei?" Wenn wir, so führte er aus, den richtigen Standort zu den gegenwärtigen Ereignissen gewinnen wollten, so müßten wir auf das Kriegserlebnis zurückgreifen. Nach der Niederlage sei es die Aufgabe des deutschen Volkes, sich in seiner Führerschaft und allen Einzelgliedern zu erneuern. Welche Konsequenzen hat aber das deutsche Volk aus der Niederlage gezogen? Der einzelne habe Leistungen vollbracht, die selbst die Gegner als das „deutsche Wunder" bezeichnet hätten. Aber die deutsche Führung habe offenkundig versagt. Die Erkenntnis dessen sei aber noch nicht sehr weit vorgedrungen. Es gebe immer noch zahlreiche Leute, die für unsere gegenwärtige Lage allgemeine Ursachen verantwortlich machten. Aber richtige Lebenserkenntnis zeige, daß die regierenden Schichten auch für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich sein müßten. Der Durchschnitt unserer heutigen Führerschicht, wie er sich aus Marxisten, Zentrumsleuten und liberaler Bourgeoisie geformt habe, habe die heutige Krise verursacht. Ein richtig geführtes Land wie Frankreich mache sich selbst an der Weltwirtschaftskrise gesund. Deutschland dagegen habe sich durch Borgwirtschaft über Wasser zu halten gesucht, und jetzt erklärten die Vertreter dieses Systems, Deutschland habe sich in Illusionen gewiegt. Nun sage man, Deutschland hätte Dummheiten gemacht; aber jetzt habe man ja Brüning, der Deutschland aus der Katastrophe herausführen werde. Die Regierungspresse fordere jetzt ständig Vertrauen, aber dem ist entgegenzuhalten, daß Vertrauen oder Autorität nicht erdacht und nicht erredet werden können. Sie müssen da sein, aber sie sind nicht zu erzwingen. Eine Regierung, die um Vertrauen bitten müsse, habe damit den Beweis erbracht, daß sie keine Existenzberechtigung hätte. Bei einem Staatsmann interessiere das Volk nicht seine persönlichen Eigenschaften, sondern die Frage, ob er seine Aufgaben erfülle oder nicht. Von Brüning müsse man feststellen, daß er keine der ihm gestellten Aufgaben gelöst habe. Keiner der heute Führenden habe wirkliche Führeranalitäten bewiesen. Sie seien zufällig durch das demokratische System nach oben getragen worden. Man dürfe sich aber dann auch nicht über die Verschlimmerung unserer staatlichen Verhältnisse wundern. In ruhigen Zeiten könnten auch Leute ohne Führereigenschaften das Staatsruder führen, in Zeiten höchster Gefahr aber müßten sie unfehlbar versagen. Denn jetzt entscheide nicht allein die persönliche Anständigkeit, sondern jetzt müßten Intuition, Temperament, Leidenschaft, Genie hinzukommen. In chaotischen Zeiten müßten Männer an die Spitze, die sich die Welt bilden können. Männer in der Art eines Seldte, Hugenberg und Hitler, die aus dem Chaos durch Willen und Leidenschaftlichkeit das Machtgebilde der nationalen Opposition geschaffen haben, hätten gezeigt, wie man gemeinschaftsbildend und damit staatsschöpferisch tätig sein müsse, wenn man Anspruch erhebe, den Staat zu führen. Mangelhafte Staatsführung dagegen müsse den Bolschewismus heraufbeschwören, weil er mehr Machtwillen, mehr Dämonie verkörpere als die schwankenden Männer an der Spitze. Wo seien hier die Gegenkräfte? Sie könnten nur in der nationalen Opposition liegen.

Dr. Stadtler, der hinreißend und aufwühlend, mit einer Fülle von Gleichnissen und Bildern und in leidenschaftlicher Steigerung sprach, erntete brausenden, immer wieder anschwellenden Beifallssturm.

Besprechung Brüning-Curtius erst Freitag

Berlin, 24. Sept. Die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister über die mit dem Verlauf der Genfer Tagungen zusammenhängenden Fragen ist auf Freitag vormittag verschoben worden. Curtius' Berichterstattung über die außenpolitische Lage innerhalb des Kabinetts dürfte erst nach der Abreise der französischen Minister, also frühestens am Dienstag, erfolgen.

Die heutigen Beratungen des Reichskabinetts haben fast den ganzen Tag in Anspruch genommen. Sie dauerten bis in den späten Abend hinein. Recht interessant ist, daß in Kreisen der Reichsregierung auch der Gedanke erwogen wird, Privatfirmen die juristische Möglichkeit zu geben, überhöhte Spitzengehälter leitender Angestellten auch da herabzusetzen, wo einer solchen Maßnahme bisher Privatverträge entgegenstehen. Der Gedanke ist seinerzeit auch im Zusammenhang mit den Kürzungen der Beamtengehälter und Großpensionen aufgetaucht. Dahinter steht die Erwägung, daß die Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Anpassung häufig geradezu erforderlich macht, wenn z. B. Firmen an lebenslänglichen Verträgen über Spitzengehälter keine Aenderung vornehmen können, während sie die Löhne und Gehälter anderer Angestellter und der Arbeiter herabsetzen müssen.

Dieses Projekt dürfte auf starke Widerstände in der Oeffentlichkeit stoßen, schon aus dem Grunde, weil es in das ganze Wirtschaftsleben eine starke Rechtsunsicherheit tragen müßte, wenn Verträge jederzeit durch Notverordnungen aufgehoben werden könnten. Ob der Entwurf in seiner ursprünglichen oder in abgeänderter Form in die kommende Notverordnung aufgenommen werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht erkennen.

Ueber die Behandlung der Hauszinssteuer in der kommenden Notverordnung verlautet, daß diese Steuer auf 84,5 v. H., also um 25 v. H., gesenkt werden soll. Das bedeutete eine Ermäßigung der Mieten um 11,5 v. H. Jedoch würde diese Mietensenkung nicht ausschließlich den Mietern zugute kommen, sondern die Hauswirte sollen eine gewisse Bewegungsfreiheit behalten, inwieweit sie innerhalb dieser Spanne die Mieten senken.

Gerüchte von neuen Parteifusionen

Berlin, 24. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Wie das „B. T." heute mitteilt, sind in der letzten Zeit sehr lebhafte Bestrebungen im Gange, ein neues Parteigebilde ins Leben zu rufen, das von der Staatspartei bis zu den Volkskonservativen reichen soll. Es würde sich danach um eine Verschmelzung der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Christlichsozialen, der Volkskonservativen und eventuell auch des Christlichen Landvolkes handeln. Bisher ist über Besprechungen dieser Art in der Oeffentlichkeit aber noch nichts bekanntgeworden. Die Mitteilung des „B. T." erfolgt ganz offenbar zu dem Zweck, Verhandlungen, die in dieser Richtung geführt werden könnten, zum Scheitern zu bringen, denn das demokratische Blatt spricht sich unter Berufung auf die Erfahrungen, die die Demokratische Partei bei der Verschmelzung mit den Jungdeutschen machte, ganz energisch gegen neue Parteifusionen aus.